Zeitschrift: Plan : Zeitschrift für Planen, Energie, Kommunalwesen und Umwelttechnik = revue suisse d'urbanisme

Herausgeber: Schweizerische Vereinigung für Landesplanung

Band: 21 (1964)

Heft: 1

Artikel: Lufthygiene und Landesplanung

Autor: Winkler, E.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-783766

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

werden. Die meisten Grossunternehmen an Rhein und Aare rechnen mit der Flusschiffahrt und zählen auf die Schaffung von Umschlagstellen am Fluss selbst. Da man vermutlich nur die Verteilbetriebe, z. B. Oelimportfirmen, in zentrale Flusshäfen wird verweisen können, ist an den beiden genannten Flüssen eine wechselnde Folge von Wasserfassungen und Oelumschlagstellen zu erwarten. Dass ich auf lange Sicht für die Sicherstellung einer guten Wasserversorgung bange, wird mir niemand übelnehmen. Die Entscheidung über diese Fragen fällt natürlich auf Bundes- und Kantonsebene, aber die Gemeindebehörden und insbesondere ihre Planungsfachleute müssen diese Probleme auch sehen.

Literaturverzeichnis

[1] *Baldinger F.*, dipl. Ing.: «Die Bewirtschaftung der Wasservorkommen»; im Bericht über die internationale Vortragstagung «Pro Aqua» 1961 in Basel. Verlag R. Oldenbourg, München.

[2] *Schneiter F.*, dipl. Ing.: «Bedeutung und Aufbau des generellen Kanalisationsprojektes»; Separatabdruck aus der «Schweizerischen Zeitschrift für Vermessung, Kulturtechnik und Photogrammetrie», Jahrgang 1955, Heft Nr. 7.

[3] *Spring W.*, dipl. Ing.: «Anregungen für die Bearbeitung genereller Kanalisationsprojekte»; Verbandsbericht Nr. 63/1 des Verbandes schweizerischer Abwasserfachleute, Postfach Aarau.

[4] *VSA*, Verband schweizerischer Abwasserfachleute: «Umfang und Honorierung genereller Kanalisationsprojekte»; Verlag, Postfach Aarau.

[5] *VSA*, Verband schweizerischer Abwasserfachleute: «Wegleitung für den abwassertechnischen Zusammenschluss von Gemeinden»; Verlag, Postfach Aarau.

[6] *Schlapfer Hans*, dipl. Techn.: «Die Studien für die Abwassersanierung Luzern und Nachbargemeinden» in der «STZ», «Schweizerische Technische Zeitschrift» Nr. 28 / 12. 7. 1962.

[7] *Baldinger F.*, dipl. Ing.: «Organisation sowie Planung und Durchführung des Gewässerschutzes», in der «STZ», «Schweizerische Technische Zeitschrift» Nr. 23 / 6. 6. 1963.

[8] *Tschudin R.*, Notar: «Rechts- und Finanzierungsfragen bei der kommunalen Abwasserbeseitigung», in «Plan», Zeitschrift für Landes-, Regional- und Ortsplanung Nr. 5 / 1959.

[9] *Zinniker F.*, Dr. iur.: «Organisation der regionalen Abwasserbeseitigung»; im Bericht über die internationale Vortragstagung «Pro Aqua» 1961 in Basel. Verlag R. Oldenbourg, München.

Lufthygiene und Landesplanung

351.77 : 614.71

Von Prof. Dr. E. Winkler, Institut für Orts-, Regional- und Landesplanung an der ETH, Zürich

Die Europäische Konferenz für Luftverunreinigung, die 1964 vom Europarat in Strassburg veranstaltet wird, hat in den Vorjahren auf Grund eingehender Questionnaires den Stand der Lufthygiene in den verschiedenen Ländern abzuklären versucht. Dabei wurde auch den Zusammenhängen mit der Gebietsplanung nachgegangen und ein besonderer Rapporteur, P. K. van Meurs in Overween, Holland, bestimmt. Im folgenden sei der erste Bericht über die Schweiz wiedergegeben, dem später weitere Orientierungen folgen sollen.

Das Problem der Luftverunreinigung beschäftigt die schweizerischen Orts-, Regional- und Landesplaner seit Bestehen landesplanerischer Arbeit, die in den Beginn der zwanziger Jahre dieses Jahrhunderts zurückreicht. In so gut wie allen Vernehmlassungen wird auf die Notwendigkeit der Reinhaltung der Luft als Grundlage gesunden Lebens bzw. der Sanierung der gefährdeten Gebiete (Umgebung von Fabriken und Verkehrswegen usw.) hingewiesen. Abgesehen von direkten Massnahmen wurden und werden vor allem lokale und regionale Grünzonen verschiedenen Umfanges als wesentlichste Quellen der Luftreinigung und Reinhaltung verlangt. In diesem Zusammenhang darf festgestellt werden, dass die Schweiz im seit 1902 durch das Forstgesetz geschützten Waldareal von rund 1 000 000 ha (24 %), in der Landwirtschaftsfläche von (1960) 2 175 000 ha (53 %) — die allerdings jährlich um rund 1000 bis 2000 ha infolge zunehmender Ueberbauung durch Wohn- und Industriebauten sowie Verkehrswege vermindert wird —, zahlreichen, flächenmässig jedoch nicht ermittelten Naturschutzgebieten und nicht zuletzt in etwa 1000 bis 2000 km² Gewässern (Flüssen, Seen, 4 bis 5 % der Gesamtfläche) beträchtliche Freigebiete besitzt, deren dauernder Schutz von der Landesplanung immer wieder gefordert wird.

Zu den Fragen der Konferenz ist festzuhalten, dass die Massnahmen der Landesplanung in der Schweiz entscheidend durch die bestehenden und in Bearbeitung befindlichen Gesetze, insbesondere durch die Baugesetze, bestimmt werden. In diesem Zusammenhang ist vor allem auf den «Ersten Bericht der Eidgenössischen Kommission für Lufthygiene zuhanden des Bundesrates» vom 20. Juni 1961, Bern, erschienen als Sonderdruck des «Bulletins des Eidgenössischen Gesundheitsamtes» 5, 1961, hinzuweisen. Alle dort gegebenen Hinweise auf die Rechtsgrundlagen zur Bekämpfung der Luftverunreinigung (Seiten 32 bis 35) treffen gleicherweise auch auf Massnahmen bzw. Forderungen der Landesplanung zu, da diese bisher so gut wie ausschliesslich im Rahmen von bau-

gesetzlichen Erlassen realisiert wurden. Im selben Zusammenhang gilt, dass diese Erlasse grösstenteils Sache der Gemeinden und Kantone sind. Der Bund ist lediglich für einzelne Bereiche landesplanerischer Massnahmen zuständig.

Auf Bundesebene

verbietet das *Zivilgesetzbuch* in § 679 und 684 generell und speziell (als nachbarrechtliche Bestimmung) alle schädlichen Einwirkungen durch Rauch, Russ, lästige Dünste usw., wobei jedoch die Behörden nur eingreifen können, wenn Geschädigte Klage erheben.

Als öffentlich-rechtliche Bestimmungen sieht u. a. das *Eidgenössische Fabrikgesetz* von 1914 die Beseitigung von Uebelständen vor, welche Gesundheit und Leben der Bevölkerung der Umgebung von Fabriken gefährden (§ 8 und 9). Das *Strafgesetz von 1937* enthält in den Artikeln 125 und 225 Bestimmungen, die als Schutz der Reinheit der Luft gelten können. Ferner legt das *Strassenverkehrsgesetz von 1958* fest, dass der Bundesrat Vorschriften über Bau und Ausrüstung von Motorfahrzeugen zu treffen hat, welche der Vermeidung von Staub, Rauch und Russ dienen (§ 29), und § 42 auferlegt dem Motorfahrer bei Busse, Haft oder Gefängnis die Pflicht, jede Belästigung von Strassenbenützern oder Anwohnern besonders durch Staub, Rauch oder Russ zu unterlassen. Auch eine Reihe weiterer Paragraphen (8, 12) zielen in die gleiche Richtung. Schliesslich verpflichtet das *Bundesgesetz* über die friedliche Verwendung der Atomenergie und Strahlenschutz (§ 10) jedermann, der radioaktive Stoffe verwendet oder besitzt, alle Massnahmen zum Schutz von Leben und Gesundheit zu treffen, die nach dem Stande der Wissenschaft möglich sind.

Auf der Ebene der Kantone

enthalten sowohl die Einführungsverordnungen zum Zivilgesetzbuch von 1911, wie vor allem die Baugesetze und die Erlasse über Gesundheits-, Sanitäts- und Feuerpolizei verschiedene Paragraphen, Gebote und Verbote hinsichtlich der Luftverunreinigung.

Als Beispiele seien einige Paragraphen der Baugesetze des Kantons Baselland, des Kantons Zürich und des Kantons Waadt aufgeführt.

Aus ersterem:

§ 12 Gegen öffentliche Plätze oder Strassen dürfen keine seitlichen Ausmündungen von Kaminen und Rohrleitungen irgendwelcher Art, die Rauch, Dampf, verunreinigte Luft oder dergleichen ausströmen, angebracht werden.

§ 25 Die Baubewilligung für neue Industrie- oder gewerbliche Anlagen, die durch die Art ihres Betriebes Störungen und Beeinträchtigungen (durch Lärm, Rauch, Ausdünstungen ...) für die umliegenden Wohngebäude hervorrufen können, kann ... verweigert werden, sofern öffentliche Interessen in erheblichem Umfange gegen die Bewilligung sprechen.

§ 26 Wenn bestehende Gewerbe für die Nachbarschaft einen Nachteil im Sinne von § 25 bewirken, kann die Einstellung des Betriebes von der Baudirektion in Verbindung mit der Direktion des Innern verfügt werden ...

§ 27 Die Bestimmung des § 26 gilt auch für die Ablagerung von Stoffen jeder Art, deren Ausdünstung gesundheitsschädlich ist, oder eine erhebliche Belästigung für die Nachbarschaft darstellt ... Der Regierungsrat kann weitergehende Bestimmungen erlassen ...

§ 32 Für industrielle und gewerbliche Bauten, deren Betrieb der Fabrikgesetzgebung untersteht, bleibt diese vorbehalten ...

§ 54 ... Schlaf- und Wohnräume dürfen in Neubauten nicht oberhalb von Stallungen, Dünge- oder Kehrichtgruben angelegt werden ...

§ 56 Düngergruben und Anlagen für Düngerhaufen, Jauchebehälter, Lagerplätze für Abfälle und ähnliche Anlagen müssen von öffentlichen Strassen- und Wohngebäuden so weit entfernt angelegt werden, dass sie für die Umgebung keine Gesundheitsschädigungen oder erhebliche Belästigung mit sich bringen ... Die Baureglemente (der Gemeinden) können weitergehende Bestimmungen enthalten ...

§ 57 Für alleinstehende Gebäude ausserhalb der geschlossenen Ortschaften kann die Baudirektion ... Ausnahmen gestatten ...

§ 58 Die Gemeinden sind befugt, im Interesse ihrer baulichen Entwicklung für ihr ganzes Gebiet ... Bebauungs-, Zonen- und Baulinienpläne sowie dazugehörende Baureglemente und Baupolizeivorschriften aufzustellen ...

§ 64 Die Gemeinden können in die Baureglemente ... Bestimmungen aufnehmen ... über die sanitären Einrichtungen, die Licht-, Luft- und Raumverhältnisse ...

§ 94 Die Baubewilligung ist erforderlich für die Erstellung neuer Gebäude, die Erweiterung ..., alle baulichen Anlagen über und unter der Erde ... Düngerstätten und Jauchegruben, Aborte ..., Feuerungsanlagen und Kamine ...

§ 111 Bei Abbrucharbeiten ist der Staubentwicklung möglichst vorzubeugen ...

Neben diesen direkten Erlassen enthält das Gesetz eine Reihe die Luftreinigung indirekt berührender, die hier raumeshalber nicht aufgenommen sind.

Ein vom kantonalen Planungsbüro herausgegebener Kommentar unterscheidet in diesem Zusammenhang sechs Grade von Störwirkungen von Betrieben hinsichtlich der Luftverunreinigung durch feste, flüssige und gasförmige Stoffe: (0 m Distanz), leichte Beeinträchtigung (25 m), leichte Störung (50 m), Störung (100 m), starke Störung (500 m), sehr starke Störung (1000 m und mehr).

Das Baugesetz des Kantons Zürich für Ortschaften mit städtischen Verhältnissen vom 23. April 1893 enthält u. a. folgende einschlägige Paragraphen:

§ 1d ... Ebenso steht jeder politischen Gemeinde das Recht zu, die Anwendbarkeit der Bestimmungen des § 96 betreffend Belästigung der Nachbarschaft auf schon bestehende und auf neue Strassen und Quartiere auszusprechen ...

§ 8b Wo das Bedürfnis es erfordert, stellt der Regierungsrat über das Gebiet verschiedener Gemeinden ... einen Gesamtplan auf, in welchem das Verkehrsstrassennetz, die Grundlagen für die Wasserversorgung und für die Ableitung der Abwasser, die für öffentliche Anlagen erforderlichen Gebiete, die Industriegebiete, die land- und forstwirtschaftlich benützten Gebiete und die Wohngebiete enthalten sind. Die Bebauungspläne der Gemeinden haben sich diesem Gesamtplan anzupassen.

§ 49 Rauch und Dampfröhren dürfen nicht gegen die Strasse ausmünden ...

§ 65 Höfe, Gärten oder andere Räume zwischen Gebäuden dürfen, auch wenn sie dem nämlichen Eigentümer gehören, nicht überbaut oder so überlagert werden, dass der Zutritt von Licht und Luft oder die freie Bewegung der Feuerwehr gehindert wird ...

§ 68 Die Gemeinden sind verpflichtet, für das dem Baugesetz in vollem Umfange unterstellte Gebiet Bauordnungen aufzustellen. Diese dürfen nicht hinter den Anforderungen des Gesetzes zurückstehen, ausgenommen für Zonen, die in den Bauordnungen als Industriegebiete ausgeschieden sind.

§ 68b In den Bauordnungen der Gemeinden dürfen im wesentlichen noch unüberbaute Gebiete mit einem dauernden Bauverbot belegt werden: a) zur Wahrung schützenswerter Orts- und Landschaftsbilder und zur Freihaltung von Aussichtslagen; b) zur Gliederung grösserer zusammenhängender Siedlungsgebiete, *insbesondere zur Trennung von Wohn- und Industriegebieten* sowie von Quartieren und Gemeinden; c) *zur Erhaltung von Freiflächen in Wohngebieten.*

§ 96 Wenn die Art des Geschäftsbetriebes oder besondere Vorrichtungen in einem Gebäude Erscheinungen zur Folge haben, welche zwar der Gesundheit von Menschen und Tieren nicht direkt schädlich sind, aber doch den Nachbarn in erheblichem Masse lästig fallen, wie üble Ausdünstungen, starke Rauch- oder Staubentwicklung ..., so ist der Besitzer verpflichtet, diejenigen Vorkehren zu treffen, welche nach dem jeweiligen Stande der Technik geeignet sind, die Belästigung auf das geringste Mass zurückzuführen ... Für gewerbliche Feuereinrichtungen kann der Gemeinderat die Höhe der Kamine und das Anbringen geeigneter Vorrichtungen zur möglichsten Verminderung der Raucherzeugung vorschreiben.

§ 100 ... Abfall- oder Ableitungsröhren dürfen nicht aus Holz hergestellt werden ... Wenn die Oeffnung einer Abfallröhre nahe an Fenstern oder im Innern eines Wohnraumes liegt, so ist ein Luftabschluss anzubringen. Die zur Ventilation von Abzugskanälen und Gruben dienenden Dunströhren sollen bis über die umgebenden Dächer hinaufgeführt werden.

§ 108 Eine Baute ist nicht zulässig, soweit sie eine Verletzung des nachbarlichen Eigentums mit sich bringt. Als solche gilt es, wenn ... durch Vorkehrungen des Eigentümers eine körperliche Einwirkung auf das Eigentum des Nachbarn begründet wird, z. B. durch Anlegung von Dachtraufen, Dampf- und Dunströhren, welche auf das Eigentum des Nachbarn ausmünden ...

§ 122 Erheischen Gründe des öffentlichen Wohles, dass ein bestehendes Gebäude gemäss den für Neubauten geltenden Vorschriften umgestaltet oder abgebrochen werde, so kann die Gemeinde das verlangen ...

Das Baupolizeigesetz des Kantons Waadt vom 5. Februar 1941 (mit Modifikationen von 1943, 1946, 1954, 1955 und 1958) und das « Règlement d'application » von 1960 enthalten u. a. folgende einschlägige Paragraphen:

a) Baupolizeigesetz

Art. 61. Les mesures nécessaires doivent être prises pour préserver le sol de toute infiltration provenant soit de la maison, soit du voisinage, et pour empêcher que des émanations souterraines ne pénètrent dans l'intérieur de l'habitation.

Art. 62. Dans l'élaboration des plans d'extension, la municipalité veille, tant par l'orientation des voies que par la hauteur et le groupement des constructions, à assurer aux occupants le maximum d'air, de lumière, d'insolation et de vue.

Art. 64. La municipalité fait procéder à des inspections des bâtiments chaque fois qu'elle le juge nécessaire, ainsi que sur la demande motivée des propriétaires, locataires et médecins; le propriétaire et les personnes qui ont requis l'inspection en sont, si possible, avisés.

Le règlement communal peut prescrire des inspections périodiques.

Art. 66. Lorsqu'une maison est reconnue insalubre et que des mesures ne peuvent être prises pour remédier à l'insalubrité, la municipalité en ordonne l'évacuation et retire le permis d'habiter.

Art. 89. Indépendamment des dispositions qui précèdent, ne peuvent, sans autorisation spéciale, être construits, reconstruits, agrandis ou transformés:

1° les fabriques, au sens de la loi fédérale sur le travail dans les fabriques;

2° les établissements industriels, ainsi que ceux utilisant des chaudières à vapeur, des moteurs de toute nature ou des machines industrielles, les établissements incommodes, insalubres ou dangereux, les constructions publiques ou privées présentant un intérêt général ou susceptibles de porter pré-

judice au voisinage; ces établissements et constructions font l'objet d'une liste, annexée au règlement cantonal et faisant partie intégrante de ce dernier, qui indique l'autorité compétente, département ou municipalité, pour accorder ou refuser l'autorisation exigée.

Sont en outre réservées, concernant les constructions sur les propriétés riveraines des lacs, les dispositions de la loi du 10 mai 1926 sur le marchepied le long des lacs et sur les plans riverains.

Art. 103. Il est interdit de verser dans la rue des eaux ménagères et de vidange.

Le règlement communal fixe les conditions relatives à l'enlèvement des immondices, des ordures ménagères et des neiges, à l'arrosage et au nettoyage des rues; il détermine les mesures à prendre pour que le transport des matières insalubres ou à odeurs incommodes ne souille pas la voie publique et ne soit la cause d'aucun danger ou désagrément.

Art. 104. Les dépôts d'ordures ménagères, même ceux des voiries communales, sont interdits dans l'intérieur des agglomérations urbaines et dans leur voisinages immédiat, à moins que les mesures nécessaires ne soient prises pour supprimer tout danger et tout désagrément graves.

Art. 105. Ne peuvent être gardés dans le voisinage immédiat des habitations: les amas de substances animales en décomposition, les dépouilles et les cadavres animaux, les débris de boucheries et de tanneries, et tous les détruits à émanations insalubres ou incommodes.

Art. 121. Lorsqu'une construction, antérieure à la présente loi et à ses règlements d'application, n'est pas conforme à leurs dispositions et présente des dangers graves pour la sécurité ou la salubrité, la municipalité fixe au propriétaire un délai pour exécuter les travaux de transformation nécessaires; elle peut de même, lorsqu'une construction déjà existante compromet l'aspect ou le caractère d'un site, d'une localité, d'un quartier ou d'une rue, exiger l'exécution de travaux qui, sans frais excessifs pour le propriétaire, sont de nature à remédier à la situation.

A défaut d'exécution des travaux ordonnés, la municipalité peut y faire procéder aux frais du propriétaire.

b) Ausführungsreglement

Art. 37. L'aération des locaux susceptibles de servir à l'habitation ou au travail sédentaire de jour ou de nuit doit se faire par des ouvertures donnant sur l'extérieur. Des dérogations peuvent, exceptionnellement, être accordées par le Département de l'intérieur pour les locaux de travail, moyennant que les installations d'aération artificielle donnent toute satisfaction et que le contrôle en soit assuré

Art. 38. Tout système de chauffage dangereux pour la santé des habitants est interdit.

Art. 70. Sortie des tuyaux. Il est interdit de placer à l'extérieur des bâtiments des tuyaux de fumée sortant à travers des façades, des parois ou des toits...

Art. 81. Les canaux de cheminée, dangereux ou incommodes pour les voisins, doivent être exhaussés. Le coût de ce travail incombe, dans la règle, au propriétaire de la cheminée; toutefois, si les inconvénients résultent d'une modification de la situation existante, le coût du travail incombe au propriétaire du bâtiment modifié.

Art. 90. Cheminées d'usines. Les cheminées d'usines, de fabriques ou d'installations ayant des dimensions spéciales ne peuvent être construites qu'avec l'autorisation du Département militaire et des assurances.

Art. 93. Echappement des appareils à gaz. Les produits de la combustion d'appareils à gaz sont évacués par des canaux montés verticalement en maçonnerie, terre cuite, ou autre matériaux à l'épreuve de la corrosion et imperméables à l'humidité.

La section de ces canaux est proportionnée à l'importance de la consommation de gaz des appareils, sans être jamais inférieure à 100 centimètres carrés.

Chaque appareil dispose de son propre canal; la partie hors toit dépasse la toiture de 50 centimètres au moins, mesure prise en amont.

Il est interdit de raccorder sur une cheminée des appareils de gaz.

Art. 97. Dans les bâtiments utilisés par l'industrie du bois, les copeaux et déchets doivent être éliminés chaque jour.

Auf Gemeindeebene

erfolgen zurzeit die weitaus meisten «Raumplanungen» der Schweiz, zwar auf der Basis von kantonalen Baugesetzen, jedoch durch Gemeinde-*Bauordnungen*, deren integrierende Bestandteile Zonenpläne sind. Von den 3095 Gemeinden gaben sich zwischen etwa 1930 und 1960 gegen 900 moderne Bauordnungen (Baureglemente) mit Bebauungs- und Zonenplänen, in deren Rahmen auch zahlreiche Möglichkeiten und Mittel der Bekämpfung der Luftverunreinigung bzw. Lufthygiene geschaffen wurden. Grundsätzlich sind solche

a) in den Zonen- und Bebauungsplänen durch die Ausscheidung von

1. Wohnzonen, die emissionsbedingende Gewerbe und Industrien ausschliessen;
2. Wohnzonen, die emissionsbedingende Gewerbe und Industrien einschränken;
3. Gewerbe- und Industriezonen, die das durch Emissionen gefährdete Wohnen einschränken bzw. ausschliessen;
4. Freizonen in Form von Grünanlagen e. S. (Parks, Schulgrün), Landwirtschaftsgebiete, Forstgebiete und Schutzzonen;
5. Gewässer

bereits in mehreren Kantonen und demgemäss Gemeinden für verschiedene Gebiete des Luft-Schutzes gegeben, wobei freilich regional bzw. kantonal grosse Unterschiede bestehen.

Sodann enthalten

b) die zugehörigen Baureglemente zumeist verschiedene Paragraphen, die analog wirken. Das unter «Ebene der Kantone» gegebene Beispiel darf dafür stehen, da die meisten dieser Paragraphen Wiederholungen jener Vorschriften darstellen.

Diese wenigen Beispiele zeigen, dass im einzelnen bereits wesentliche rechtliche Grundlagen lufthygienischer Massnahmen bestehen. Doch bedarf es noch weiterer, vor allem auch technischer Anstrengungen, um das je länger desto dringlicher werdende Problem zu lösen. Auch die Landesplaner werden ihm nach wie vor ihre Aufmerksamkeit schenken *.

* Vgl. D. Högger: Die Reinhaltung der Atmosphäre als hygienische Aufgabe. «Plan» 20, 1963, 3, 101—105; E. Grandjean: Luftverunreinigung und Gesundheit, in: «Im Schatten der Technik». München 1960.

Annexe

Liste des établissements et constructions qui doivent être autorisés conformément à *l'article 89*, chiffre 2, *de la loi vaudoise sur la police des constructions* du 5 février 1941 (quelques exemples).

Etablissements	*Motifs*	*Autorité compétente*
3° Alcool (distillation et rectification)	Danger d'incendie; résidus susceptibles de putréfaction	Département militaire et des assurances
14° Boues, balayures, gadoues, ruclons (dépôts de)	Emanations, poussières, putréfaction	Municipalité
17° Brasseries, cidreries, distilleries, eaux gazeuses	Bruit, odeur	Département militaire et des assurances
18° Briquetteries, poteries, tuileries, faïence, porcelaine	Bruit, danger d'incendie, fumée, poussières	Département militaire et des assurances
25° Caoutchouc, préparation et travail	Danger d'incendie, odeur	Département militaire et des assurances
25° Celluloïd, corne, écaille (fabrication d'objets en)	Bruit, danger d'incendie, odeur	Département militaire et des assurances
26° Chaudières à vapeur et locomobiles	Fumée; danger d'explosion et d'incendie	Département militaire et des assurances
27° Chaux, ciment, plâtre, planches de ciment et plâtres (fabriques de, moulins à)	Emanations, fumées, poussières	Département militaire et des assurances
40° Echaudoirs (préparation de produits secondaires de boucherie)	Emanations, résidus odorants et susceptibles de putréfaction	Département de l'intérieur
64° Laine, battage et effilochage	Bruit, poussières	Municipalité
67° Métallurgie (établissements de la): chaudronnerie, forge, fonderie mécanique, serrurerie, taillanderie, etc.	Bruit, fumée, poussières	Département militaire et des assurances
79° Produits chimiques	Emanations, danger d'incendie et d'explosion, odeur, poussières	Département militaire et des assurances
93° Usines à gaz, électriques	Bruit, danger d'incendie, fumée	Département militaire et des assurances

MITTEILUNGEN · COMMUNICATIONS

Vom 6. bis 11. April 1964 findet an der Eidgenössischen Technischen Hochschule in Zürich ein von der Eidgenössischen Anstalt für Wasserversorgung, Abwasserreinigung und Gewässerschutz organisierter und durchgeführter Fortbildungskurs über das Thema «Fortschritte auf dem Gebiete der biologischen Behandlung von Abwasser sowie Klärschlamm und anderen festen Abfallstoffen» statt; die Leitung liegt in den Händen von Prof. Dr. O. Jaag, Zürich.

Vorträge und Stellungnahmen orientieren vom 6. bis 8. April 1964 über die Fragenkomplexe des Belebtschlammverfahrens, über das Tropfkörperverfahren und Kleinkläranlagen, über die Elimination von Nährstoffen aus Abwässern sowie über die Behandlung, Beseitigung und Wiederverwertung fester Siedlungs- und Industrieabfälle.

Anlässlich von Exkursionen vom 9., evtl. auch 10. und 11. April 1964 besichtigen die Teilnehmer die Müllkompostierungsanlage der Region Zürcher Oberland in Hinwil, die Abwasserreinigungsanlage der Gemeinde Uster sowie die technische Versuchsanlage der EAWAG in der Tüffenwies (Zürich), evtl. auch verschiedene Abwasserreinigungsanlagen in Zürich und am Zürichsee, in der Ostschweiz, der Westschweiz und in Bern.

Gleichzeitig finden vom 9. bis 11. April 1964 praktische Uebungen statt über die chemisch-physikalische Untersuchung von Wasserproben, über Trinkwasserbiologie und biologische Untersuchungen an Kläranlagen und Fliessgewässern sowie ein limnologisches Praktikum im Hydrobiologischen Laboratorium der ETH, in Kastanienbaum LU.

Ueber die Teilnahmebedingungen informiert das Sekretariat der EAWAG, Physikstrasse 5, Zürich 7/44.